

Verwaltungsgericht und Schätzungskommission

Rechenschaftsberichte 2013/2014



Kanton Zug

Inhaltsverzeichnis

1. Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts 2013/2014	3
Personelles und Organisation	5
Geschäfte	8
Schätzungskommission	13
2. Rechenschaftsbericht der Schätzungskommission 2014	21
Personelles und Organisation	21
Geschäfte	24
Enteignungsrechtliche Kammer	24
Landwirtschaftliche Schätzungskammer	25
Grundstücksschätzungskammer	26

Verwaltungsgericht des Kantons Zug an den Kantonsrat

Sehr geehrter Herr Kantonsratspräsident

Sehr geehrte Damen und Herren Kantonsrätinnen und Kantonsräte

Gestützt auf § 60 Abs. 2 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes erstatten wir Ihnen Bericht über unsere Tätigkeit in den Jahren 2013 und 2014. Zu Ihrer Orientierung legen wir Ihnen auch den Rechenschaftsbericht der Schätzungs-kommission bei, die unter der Aufsicht des Verwaltungsgerichts steht.

Wir versichern Sie, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Zug, 26. Februar 2015

Für das Verwaltungsgericht

Der Präsident:

Dr. iur. Peter Bellwald

Der Generalsekretär:

Dr. iur. Aldo Elsener

Personelles und Organisation

Der vorliegende 19. Rechenschaftsbericht des Verwaltungsgerichts betrifft die Jahre 2013 und 2014, somit das erste Drittel der Amtsperiode 2013 bis 2018.

Im Mai 2012 wurden in stiller Wahl die folgenden Richterinnen und Richter für die Amtsperiode 2013–2018 gewählt: lic. iur. Oskar Müller, Baar, lic. iur. Jacqueline Iten-Staub, Zug, Dr. iur. Peter Bellwald, Baar, lic. iur. Felix Gysi, Zug, Rosemarie Rossi Andenmatten, Cham, lic. iur. Gisela Bedognetti-Roth, Baar, und Dr. iur. Matthias Dominik Suter, Zug. Auf das Ende der Amtsperiode 2007–2012 trat lic. iur. Patrick Storchenegger als Verwaltungsrichter zurück, um eine neue Aufgabe als Mitglied der Revisionsstelle der Zuger Kantonalbank zu übernehmen. Das Verwaltungsgericht möchte Verwaltungsrichter Storchenegger, der seit dem 1. Juli 2003 für das Gericht tätig war, für seine fachlich kompetente und kollegiale Arbeitserledigung seinen herzlichen Dank aussprechen.

Mitglieder

Als Ersatzrichter wurden für die Amtsperiode Dr. med. Vinzenz Zortea, Cham, lic. iur. Ivo Klingler, Walchwil, Gabriela Busslinger-Andermatt, Baar, lic. iur. Judith Fischer, Cham, lic. iur. Urs Rechsteiner, Zug, und Susanne Koch, Zug, gewählt. Silvia Rebmann und Agatha Rütschi-Blattmann, die beim Gericht seit 1997 bzw. 2001 als Ersatzrichterinnen arbeiteten, stellten sich für die neue Amtsperiode nicht mehr zur Verfügung. Ihnen möchte das Gericht für ihre Arbeit ebenfalls den herzlichen Dank aussprechen.

Ersatzmitglieder

Der Kantonsrat wählte in der Folge Dr. iur. Peter Bellwald zum Präsidenten des Verwaltungsgerichts, lic. iur. Felix Gysi und lic. iur. Gisela Bedognetti-Roth als hauptamtlichen Richter bzw. hauptamtliche Richterin. Zu seinem Vizepräsidenten wählte das Verwaltungsgericht den amtsältesten Richter, lic. iur. Oskar Müller.

Präsidium

Für die vorliegende Berichtsperiode galt die folgende Kammerzuteilung:

Kammern

1. Verwaltungsrechtliche Kammer:
Bellwald* (Vorsitz), Müller, Iten-Staub*, Gysi und Suter*
(* = Dreier-Besetzung bei SVG-Massnahmen)
Einzelrichter Ausländerrecht: Gysi, Iten-Staub, Bedognetti-Roth und Bellwald (Ersatz)

2. Abgaberechtliche Kammer:
Bellwald* (Vorsitz), Müller*, Rossi Andenmatten, Bedognetti-Roth und Suter*
(* = ordentliche Dreier-Besetzung)
Einzelrichter Steuerrecht (Steuererlasse): Bellwald und Bedognetti-Roth

3. Sozialversicherungsrechtliche Kammer:
Gysi (Vorsitz), Bedognetti-Roth (Vorsitz), Müller, Iten-Staub und Rossi Andenmatten
Ordentliche Dreier-Besetzung in den Bereichen:
IVG/UVG: Gysi/Bedognetti-Roth (Vorsitz), Müller und Rossi Andenmatten
Übrige Bereiche: Gysi (Vorsitz), Iten-Staub und Rossi Andenmatten

4. Fürsorgerechtliche Kammer:
Bedognetti-Roth* (Vorsitz), Iten-Staub*, Bellwald, Rossi Andenmatten* und Suter
(* = ordentliche Dreier-Besetzung)

Sitzungen

Das Verwaltungsgericht trat in den Berichtsjahren zu 150 Sitzungen zusammen. Die Sitzungen verteilen sich auf die Berichtsjahre und die Kammern wie folgt:

	2013	2014	Total
Gesamtgericht	7	2	9
1. Kammer	19	26	45
2. Kammer	12	12	24
3. Kammer	17	18	35
4. Kammer	22	15	37
Total	77	73	150

Das Gesamtgericht befasste sich mit den ihm von Gesetzes wegen obliegenden Fragen der Justizverwaltung und Justizgesetzgebung. Neben personellen Fragen wie Wahlen und Beförderungen des Kanzleipersonals hatte sich das Gericht mit den jeweiligen Budgets und Jahresrechnungen und verschiedenen Vernehmlassungen zu befassen. Besonders zu erwähnen sind dabei die Stellungnahme des Gerichts zur Motion betreffend Einführung eines Amtsenthebungsverfahrens und der Vorstoss des Gerichts zuhanden des Regierungsrates betreffend Revision des Nebenamtsgesetzes (Änderung der Entschädigung der nebenamtlichen Richterinnen und Richter), der nach wie vor hängig ist. Zu den Aufgaben des Gesamtgerichts gehört auch die Aufsicht über die Schätzungskommission.

Bei Verhinderung eines Richters werden in erster Linie die weiteren Richter der jeweiligen Kammer beigezogen. Im Weiteren stehen die Ersatzrichter zur Verfügung, welche 2013 dreizehnmal und 2014 viermal an Sitzungen mitwirkten. Auf dem Zirkulationsweg wurden 2013 und 2014 je vier Geschäfte erledigt.

Als Vorsteher der Kanzlei des Verwaltungsgerichts amtet seit 1997 Dr. iur. Aldo Elsener, dem 4,6 Gerichtsschreiberstellen zur Verfügung stehen. Als Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber arbeiten lic. iur. Albert Adrian Dormann seit 2004, lic. iur. Andrea Hager Celdrán seit 2006 und lic. iur. Dr. phil. George Kammann seit 2010 für das Verwaltungsgericht. Per 31. Januar 2013 verliess lic. iur. Jeannine Frey nach zweijähriger Tätigkeit das Verwaltungsgericht. Ihre Stelle wurde per 1. April 2013 durch lic. iur. Sarah Duss besetzt. Eine während 15 Monaten vakante Gerichtsschreiberstelle wurde wegen der Zunahme der Geschäftslast per 22. April 2014 durch MLaw Daniel Villiger wieder besetzt. Das Sekretariat betreut seit 1990 Elisabeth Dietschi-Brunner. Weiter steht dem Gericht in der Person von Doris Bühler-Pfister eine Sekretärin auf Abruf zur Verfügung. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere auch denen, die während der Berichtsperiode aus dem Team der Gerichtskanzlei ausgeschieden sind, sei an dieser Stelle für ihre Arbeit herzlich gedankt.

Kanzlei

Geschäfte

Übersicht über die Geschäfte

Über die Zahl der in den Jahren 2013 und 2014 eingegangenen sowie aus den Vorjahren übernommenen Fälle und über deren Erledigung geben die Tabellen 1 und 2 Aufschluss. Um den Mehrjahresüberblick zu erleichtern, werden nachstehend die Neueingänge und Erledigungen der Berichtsperiode und der Vorperioden seit 2003 dargestellt.

	Neueingänge	Erledigungen	Pendenzen Ende Jahr
2003	341	406	120
2004	410	393	137
2005	400	354	183
2006	381	359	205
2007	409	395	219
2008	492	442	269
2009	431	478	222
2010	452	501	173
2011	385	429	129
2012	396	410	115
2013	457	414	158
2014	456	425	189

Im Jahre 2013 gingen total 457 neue Beschwerden ein, im Jahre 2014 waren es deren 456. Dies entspricht einer Zunahme von jährlich 48 bzw. 47 Verfahren oder von 12 % gegenüber dem zehnjährigen Durchschnitt von 409 Verfahren aus den Jahren 2003–2012. Erledigt wurden 414 bzw. 425 Beschwerden, was für das Jahr 2014 über dem langjährigen Durchschnitt steht. Dem Gericht ist es gelungen, trotz der markanten Zunahme der Geschäftslast die Zahl der pendenten Verfahren auf unter 200 zu halten, was einem «Arbeitsvorrat» von knapp einem halben Jahr entspricht.

Die Tabelle 3 zeigt, auf welche Sachgebiete sich die in den Jahren 2013 und 2014 eingegangenen Fälle verteilen. Bei der verwaltungsrechtlichen Kammer gingen 2013 insgesamt 177 Beschwerden ein und im Jahr 2014 waren es 188. Damit liegen beide Jahre deutlich über dem zehnjährigen Mittel von 168 Beschwerden. Zu beachten ist dabei, dass sich in den beiden Berichtsjahren die Zahl der Verfahren aus dem Bereich der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht (Ausschaffungshaft) gegenüber dem Durchschnitt leicht vermindert hat, wobei die jeweils 66 Verfahren in Einzelrichterkompetenz durch eine Haftrichterin/einen Haftrichter zu erledigen waren (dabei handelt es sich um eigentliche Zwangsmassnahmen gemäss Art. 73 ff. AuG). Die Verfahren aus dem Ausländerrecht allgemein (z.B. Widerruf oder Nichtverlängerung der Aufenthaltsbewilligung) bewegten sich zahlenmässig im üblichen Rahmen. Die Submissionsbeschwerden nahmen im Jahr 2014 gegenüber 2013 zwar deutlich zu, bewegten sich aber in einem langjährig normalen Bereich. Im Bereich Bau- und Planungsrecht lagen die Neueingänge im Jahr 2013 mit 19 Beschwerden unter dem langjährigen Durchschnitt (24 Verfahren), im Jahr 2014 mit 35 Beschwerden aber deutlich darüber. In beiden Jahren waren je sieben Beschwerden aus dem Bereich «Bürgerrecht und Politische Rechte» zu beurteilen, wobei die beiden Beschwerden betreffend die Kantonsratswahlen 2014 der Dringlichkeit der Sache entsprechend innert kurzer Zeit zu erledigen waren. Die Zahl der Beschwerden gegen Administrativmassnahmen im Strassenverkehr hat gegenüber dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre (25 Verfahren) mit 27 bzw. 33 Beschwerden zugenommen (wie bereits in den letzten Rechenschaftsberichten sind hier erneut die Beschwerden wegen des Verfalls des Führerausweises auf Probe und die Beschwerden gegen Verfügungen betreffend Aberkennung der Fahrfähigkeit zu erwähnen).

Die Zahl der Rekurse und Beschwerden im Steuerrecht bewegte sich 2013 und 2014 mit 34 bzw. 35 Neueingängen deutlich über dem langjährigen Mittel von 26 Steuerrekursen.

Im Bereich der Sozialversicherung hielt sich die Zahl der Neueingänge mit 183 bzw. 175 Beschwerden etwa im Rahmen des zehnjährigen Durchschnitts von 184.

Die Zahlen der eingehenden Beschwerden in den Bereichen AHV, AIV, KV, BVG und UV bewegten sich im langjährigen Mittel bzw. lagen zum Teil darunter, während bei der EL eine leichte Zunahme festzustellen ist. Deutlich über dem Mittel der vergangenen zehn Jahre liegen die Eingangszahlen bei der Invalidenversicherung. Gerade diese Verfahren sind – zusammen mit den Verfahren aus dem Bereich Unfallversicherung – wegen der vielen Verfahrensakte und der bisweilen kontroversen medizinischen Beurteilungen bezüglich Bearbeitung sehr zeitintensiv.

Die Eingänge bei der Fürsorgerischen Unterbringung (40 bzw. 34 Beschwerden) liegen in den beiden Berichtsjahren deutlich über dem langjährigen Mittelwert von 31 Beschwerdeverfahren. Seit dem 1. Januar 2013 können zudem Entscheide der kantonalen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) direkt mit Beschwerde beim Verwaltungsgericht angefochten werden. Insgesamt gingen in den beiden Berichtsjahren aus diesem Bereich 23 bzw. 24 Beschwerden ein, was zu einer deutlichen Zunahme der Belastung der vierten Kammer führte.

Vorinstanz

Bei den steuerrechtlichen und sozialversicherungsrechtlichen Fällen ergibt sich die Vorinstanz aus dem Gegenstand des Verfahrens. Über die Vorinstanzen im Bereich des «allgemeinen Verwaltungsrechts» in der Zuständigkeit der 1. Kammer orientiert die nachstehende Tabelle. Der Haftrichter überprüft Haftanordnungen des Kantonalen Amtes für Migration oder direkt bei ihm eingereichte Gesuche um Haftentlassung.

Vorinstanz bei den erledigten Fällen der 1. Kammer	2013	2014
Regierungsrat (Sprungbeschwerden)	29 (0)	39 (2)
Kantonale Direktionen oder Amtsstellen	58	53
Kantonales Amt für Migration	66	66
Gemeinderäte	12	13
Andere	5	2
Total	170	173

Verfahrens- dauer

Die Tabelle 4 gibt für die Jahre 2013 und 2014 Auskunft über die Verfahrensdauer der erledigten Fälle. Daraus ergibt sich, dass 33 bzw. 29 % der Verfahren nach einem Monat bereits erledigt waren. Nach drei Monaten waren es 60 bzw. 45 % der Verfahren, nach einem halben Jahr 80 bzw. 70 %. Nach einem Jahr sind 94 bzw. 91 % der Verfahren erledigt.

Die per Ende der Berichtsperiode noch hängigen Fälle aus den Vorjahren sind in der Tabelle 2 Ziff. 8 ausgewiesen. In der ersten Kammer ist aus dem Jahre 2012 ein Baubewilligungsverfahren hängig, das auf Antrag aller beteiligten Parteien sistiert ist, bis über ein neues, das gleiche Objekt betreffendes Baugesuch abschliessend entschieden ist. Von den fünf noch hängigen verwaltungsrechtlichen Verfahren aus dem Jahr 2013 sind drei auf Antrag der Parteien sistiert. Bei einem weiteren Verfahren musste nachträglich eine Partei in das Verfahren einbezogen werden, sodass der Fristenlauf noch nicht abgeschlossen ist. Ein fünftes Verfahren konnte zwischenzeitlich erledigt werden. In der abgaberechtlichen Kammer sind keine Rekurse aus den Jahren vor 2014 mehr hängig.

Im Bereich der sozialversicherungsrechtlichen Kammer waren am Ende der Berichtsperiode noch zwei Verfahren aus dem Jahr 2012 hängig, die beide sistiert sind. In einem krankensicherungsrechtlichen Verfahren streiten sich die Krankenkasse und die Leistungserbringerin aussergerichtlich über den anwendbaren Tarif. Im zweiten Verfahren geht es um eine Rückforderungsverfügung der Invalidenversicherung, bei der vorerst grundsätzlich über die Anspruchsberechtigung entschieden werden muss, wobei die Beurteilung dieser Frage nach einer Rückweisung durch das Gericht zurzeit bei der IV-Stelle hängig ist. Aus dem Jahr 2013 sind noch zehn Verfahren hängig. Von diesen sind zwei Verfahren formell und ein weiteres faktisch sistiert. Bei drei Verfahren aus dem Bereich BVG geht es um Austrittsleistungen an drei Kadermitglieder einer in Konkurs geratenen Firma, bei denen sich die BVG-Einrichtung weigert, die Austrittsleistungen zu erbringen, und den Einbezug des BVG-Sicherheitsfonds in das Verfahren verlangt hat. Die Verfahren sind noch nicht spruchreif. Die vier restlichen Verfahren aus dem Bereich Invaliden- und Unfallversicherung wurden zwischenzeitlich erledigt

bzw. werden demnächst erledigt. In der fürsorgerechtlichen Kammer sind keine Verfahren aus dem Jahr 2013 und ältere mehr hängig.

Weiterzug an das Bundesgericht Die Tabelle 5 gibt per 1. Januar 2015 Auskunft über die an das Bundesgericht weiterzuziehenden Fälle, soweit sie die Berichtsperiode und die Vorjahre betreffen, sowie deren Erledigung. Im Jahre 2013 wurden 9 % der beurteilten Fälle an das Bundesgericht weitergezogen, im Jahre 2014 waren es 13 %.

Gebührenertrag Beim Gebührenertrag ist zu bedenken, dass deutlich mehr als die Hälfte der Verfahren von Gesetzes wegen kostenlos ist. Dazu kommen die nachstehend aufgeführten Bewilligungen der unentgeltlichen Rechtspflege. Bei den verbleibenden grundsätzlich kostenpflichtigen Verfahren, zu denen seit Juli 2006 auch die Verfahren aus der Invalidenversicherung gehören (wobei hier die Spruchgebühr von Gesetzes wegen auf maximal Fr. 1000.– festgesetzt ist), sind die Kosten in der Regel nur den unterliegenden Parteien aufzuerlegen. Den Gemeinwesen dürfen nur ausnahmsweise Kosten auferlegt werden. In den Berichtsjahren betrug der Gebührenertrag:

2013: Fr. 109 820.–

2014: Fr. 173 360.–

Unentgeltliche Rechtspflege Die Anzahl der Gesuche um Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege und um Bestellung eines unentgeltlichen Rechtsbeistandes belief sich 2013 auf 48 bzw. 2014 auf 49 Gesuche, wovon 31 bzw. 32 bewilligt wurden, d. h. es wurden etwas weniger als zwei Drittel der gestellten Gesuche bewilligt.

Schätzungskommission

Am 1. Januar 2012 ist die Änderung des § 61 PBG vom 30. Juni 2011 (GS 31, 221) in Kraft getreten. Gemäss § 61 Abs. 3 PBG übt das Verwaltungsgericht die Aufsicht über die Schätzungskommission aus. Über ihre Amtsführung erstattet die Schätzungskommission dem Verwaltungsgericht alle zwei Jahre Bericht. Der Rechenschaftsbericht der Schätzungskommission über die Jahre 2013 und 2014 wird unserem Rechenschaftsbericht angefügt.

**Aufsicht des
Verwaltungs-
gerichts**

Die Aufsicht des Verwaltungsgerichts gegenüber der Schätzungskommission besteht in erster Linie aus einer Überprüfung der Administration und des äusseren Geschäftsgangs. Das Gericht hat den Rechenschaftsbericht geprüft und sich im Rahmen einer Visitation darüber Gewissheit verschafft, dass die Kommission den Vorgaben des PBG und ihrer Geschäftsordnung entsprechend amtet. Ihr sei an dieser Stelle der Dank für ihre Tätigkeit ausgesprochen. Eine materielle Überprüfung einzelner Entscheide erfolgt nur auf Beschwerde gemäss § 67 Abs. 2 lit. e PBG hin.

**Form der
Aufsicht**

Tabelle 1

Übersicht über die Geschäfte 2013

	Eingänge	Erledigungen					Abschreibungen	Total	Pendent per Ende 2013
		Urteile		Nicht-eintreten	Total Urteile	Total			
		Gutheissung	Abweisung						
Kolonne	1	2	3	4	5	6	7	8	
A Vom Jahre 2009 überommene Fälle 1. Kammer	2							2 (2*)	
Total	2							2 (2*)	
B Vom Jahre 2010 überommene Fälle 2. Kammer	1	1			1		1		
3. Kammer	2		1		1		1	1	
Total	3	1	1		2		2	1	
C Vom Jahre 2011 überommene Fälle 3. Kammer	6	2	2		4		4	2	
Total	6	2	2		4		4	2	

D	Vom Jahre 2012 übernommene Fälle										
	1. Kammer	33	8	16				24	5	29	4 (1*)
	2. Kammer	8	4	2				6		6	2
	3. Kammer	63	18	37				55	3	58	5 (2*)
	Total	104	30	55				85	8	93	11 (3*)
	Übernommene Fälle (A+B+C+D)	115	33	58				91	8	99	16 (5*)
E	Neue Fälle 2013										
	1. Kammer	177	71	29	7	107			34	141	36 (6*)
	2. Kammer	34	2	7	2	11			7	18	16 (1*)
	3. Kammer	183	23	61	3	87			13	100	83 (1*)
	4. Kammer	63	3	17	12	32			24	56	7 (3*)
	Total	457	99	114	24	237			78	315	142 (11*)
	Gesamttotal (A-E)	572	132	172	24	328			86	414	158 (16*)
	% (bezogen auf Kol. 1)	100	22	71	7	100			21	72	28
	% (bezogen auf Kol. 5)										
	% (bezogen auf Kol. 7)										

(* davon sistiert)

Übersicht über die Geschäfte 2014

Tabelle 2

	Eingänge	Erledigungen					Abschreibungen	Total	Pendent per Ende 2014
		Urteile		Total Urteile					
		Gutheissung	Abweisung	Nicht-eintreten	Kol. 2-4				
Kolonne	1	2	3	4	5	6	7	8	
A Vom Jahre 2009 übernommene Fälle 1. Kammer	2								
Total	2					2	2		
B Vom Jahre 2010 übernommene Fälle 3. Kammer	1	1			1		1		
Total	1	1			1		1		
C Vom Jahre 2011 übernommene Fälle 3. Kammer	2	1	1		2		2		
Total	2	1	1		2		2		

Neueingänge nach Sachgebieten

Tabelle 3

Kammer/Sachgebiete	2013	2014
1. Kammer		
Sozialhilfe	2	4
Opferhilfe	3	1
Zivilstandswesen	0	2
Ausländerrecht	8	3
Haftrichter im Ausländerrecht	66	66
Submissionsverfahren	5	11
Bau- und Planungsrecht	19	35
Umwelt- und Gewässerrecht	3	4
Natur- und Heimatschutz	0	2
Bürgerrecht und Politische Rechte	7	7
Gemeinderecht	1	0
Personalrecht	7	1
Schulrecht	2	0
SVG-Administrativmassnahmen und -Ausweise	27	33
Verkehrsanordnungen	1	0
Straf- und Massnahmenvollzug	1	4
Rayonverbot	1	0
Handelsregister	16	9
Erwerb von Grundst. durch Personen im Ausland	1	1
Verfahrensrecht	4	1
Diverse	3	4
Insgesamt 1. Kammer	177	188
2. Kammer		
Kantonssteuer/Direkte Bundessteuer	27	30
Grundstückgewinnsteuer	5	4
Steuererlass	1	1
Diverse	1	0
Insgesamt 2. Kammer	34	35
3. Kammer		
Alters- und Hinterlassenenversicherung	20	17
Invalidenversicherung	76	85
Ergänzungsleistungen	5	7
Arbeitslosenversicherung	25	15
Krankenversicherung	8	6
Unfallversicherung	31	29
Militärversicherung	1	0
Familienzulagen	3	7
Berufliche Vorsorge	14	9
Insgesamt 3. Kammer	183	175
4. Kammer		
Fürsorgerrische Unterbringung	40	34
Kindes- und Erwachsenenschutz	23	24
Insgesamt 4. Kammer	63	58
Total Neueingänge	457	456

Verfahrensdauer der erledigten Fälle 2013 nach Kammern

2013

Jahre Monate	0-1		1-2		2-3		3-6		6-9		9-12		0-3		länger	Total
	0-1	1-2	2-3	3-6	6-9	9-12	0-3	3-6	6-9	9-12	0-3	3-6	6-9	9-12		
1. Kammer	81	26	20	23	9	4	5	0	2	0	0	0	0	0	0	170
2. Kammer	4	5	3	4	3	1	1	2	1	0	0	0	1	0	0	25
3. Kammer	12	30	22	53	25	8	5	1	2	0	0	2	0	2	1	163
4. Kammer	40	3	4	7	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	56
Total	137	64	49	87	38	14	11	3	5	0	0	2	0	3	1	414

Verfahrensdauer der erledigten Fälle 2014 nach Kammern

2014

Jahre Monate	0-1		1-2		2-3		3-6		6-9		9-12		0-3		länger	Total
	0-1	1-2	2-3	3-6	6-9	9-12	0-3	3-6	6-9	9-12	0-3	3-6	6-9	9-12		
1. Kammer	82	14	14	27	11	15	1	2	3	2	0	0	0	0	2	173
2. Kammer	1	5	3	8	4	0	2	4	1	1	0	0	0	0	0	29
3. Kammer	5	17	14	60	42	14	10	3	1	1	0	1	1	2	171	
4. Kammer	36	2	0	7	5	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	52
Total	124	38	31	102	62	31	13	9	5	4	0	1	1	4	4	425

An das Bundesgericht weitergezogene Fälle (Stand 1.1.15)

Tabelle 5

Jahr Kammer	Vom Verwaltungsgericht beurteilte Fälle	Weitergezogene Fälle	Vom Bundesgericht erledigt					Pendent beim Bundesgericht
			Gutheisung	Rückweisung	Abweisung	Nichteintreten	Ab-schreibung	
2010	501	73	4	9	35	21	4	0
1. Kammer	201	20	2	4	6	7	1	0
2. Kammer	35	-	-	-	-	-	-	-
3. Kammer	243	48	2	5	25	14	2	0
4. Kammer	22	5	-	-	4	-	1	0
2011	429	68	4	12	34	15	2	1
1. Kammer	168	19	1	1	10	5	1	1
2. Kammer	28	4	-	2	1	1	-	0
3. Kammer	204	43	3	9	22	9	-	0
4. Kammer	29	2	-	-	1	-	1	0
2012	410	67	1	8	34	19	1	4
1. Kammer	181	23	-	2	13	7	-	1
2. Kammer	25	3	-	-	-	1	-	2
3. Kammer	179	41	1	6	21	11	1	1
4. Kammer	25	-	-	-	-	-	-	-
2013	414	37	3	5	16	11	1	1
1. Kammer	170	7	-	1	4	2	-	0
2. Kammer	25	4	1	1	-	1	-	1
3. Kammer	163	21	2	3	11	4	1	0
4. Kammer	56	5	-	-	1	4	-	0
2014	425	55	1	-	15	12	2	25
1. Kammer	173	21	-	-	4	8	2	7
2. Kammer	29	4	-	-	-	1	-	3
3. Kammer	171	26	1	-	9	2	-	14
4. Kammer	52	4	-	-	2	1	-	1

Schätzungskommission des Kantons Zug

Personelles und Organisation

Seit der Revision des Planungs- und Baugesetzes, welches am 1. Januar 2012 in Kraft trat, ist die Schätzungskommission als erstinstanzliches Spezialverwaltungsgericht der Aufsicht des Verwaltungsgerichts unterstellt.

Die Schätzungskommission des Kantons Zug legt ihren Rechenschaftsbericht seither alle zwei Jahre zuhänden des Kantonsrates beim Verwaltungsgericht ab.

Nachdem der letzte Geschäftsbericht der Schätzungskommission ein Zwischenbericht über ein Geschäftsjahr war, ist der vorliegende Geschäftsbericht der erste ordentliche Rechenschaftsbericht und umfasst die ordentliche Berichterstattung über zwei Geschäftsjahre, d.h. die Geschäftsjahre 2013 und 2014, umfassend die Zeit vom 1. Januar 2013 bis 31. Dezember 2014.

Martin Spillmann, dipl. Architekt FH, eidg. Immobilienschätzer, Baar.

Präsidium

Der Schätzungskommission gehören die folgenden Personen an:

Mitglieder

Annen Walter, Landwirt, Zug

Arnold Josef, Bauleiter, Walchwil

Elsener Baptist, Landwirt, Menzingen, Vizepräsident

Emmenegger Hans, dipl. Bauing. HTL, dipl. Betriebsing. SIB, Steinhausen

Hüsler Martina, dipl. Architektin HTL, Cham

Kryenbühl René, Immobilienbewerter MAS FHO, Oberägeri

Rey Alexander, lic. iur., Birmenstorf

Schilter Andreas, lic. iur., Hüenenberg

Wenk Luzia, lic. iur., Zug

Kammern

Für die vorliegende Berichtsperiode galt die folgende unveränderte Kammerzuteilung:

1. Enteignungsrechtliche Kammer
Rey Alexander (Vorsitz)

Annen Walter
Arnold Josef
Elsener Baptist
Emmenegger Hans
Hüsler Martina
Kryenbühl René
Schilter Andreas
Spillmann Martin
Wenk Luzia

2. Landwirtschaftliche Kammer
Elsener Baptist (Vorsitz)

Annen Walter
Spillmann Martin

3. Grundstückschätzungskammer
Spillmann Martin (Vorsitz)

Arnold Josef
Emmenegger Hans
Kryenbühl René

Der Kammervorsitzende benennt die Mitglieder der Kammern je nach Bedarf.

Die Kanzlei aller drei Kammern wird von Yvonne Gsell betreut, die ein 80%-Pensum versieht.

Kanzlei

Die enteignungsrechtliche Kammer ist befugt und infolge der Unterschriftenregelung verpflichtet, einen Kammerschreiber oder eine Kammerschreiberin im Auftragsverhältnis beizuziehen. Anlässlich der Gesamtkommissionssitzung vom 4. April 2014 wurde lic. iur. Margarete Mikosch als Kammerschreiberin gewählt.

Kammerschreiber

Die Geschäftsordnung, welche an der konstituierenden Sitzung vom 2. März 2012 von der Schätzungskommission beschlossen und vom Verwaltungsgericht am 8. Mai 2012 genehmigt wurde, ist unverändert gültig.

Geschäftsordnung

Die Schätzungskommission trat in der Berichtsperiode zu total vier Sitzungen zusammen. Die Sitzungen verteilen sich auf die Berichtsjahre und die Kammern wie folgt:

Sitzungen

	2013	2014	Total
Gesamtkommission	1	1	2
1. Enteignungsrechtliche Kammer	1	0	1
2. Landwirtschaftliche Kammer	0	0	0
3. Grundstückschätzungskammer	0	1	1
Total	2	2	4

Geschäfte

Enteignungsrechtliche Kammer

	2013	2014	Total
Pendente Verfahren per 31.12.	17	7	
Eingegangene Verfahren	5	1	6
Erledigte Verfahren per 31.12.	6	11	17

Die Enteignungsverfahren der Schätzungskommission sind überwiegend mit der Erstellung eines öffentlichen Werkes (Strassen und dergleichen) verbunden und werden im koordinierten Verfahren durchgeführt. Neu dazu gekommen sind Verfahren über die Erschliessungshilfe gemäss revidiertem Planungs- und Baugesetz.

Oftmals wird daher vorgängig einer Auseinandersetzung über die Enteignung und Entschädigung über das Bauprojekt an sich verhandelt bzw. prozessiert, sodass es nichts Aussergewöhnliches ist, wenn die Verfahren vor der Schätzungskommission teilweise für längere Zeit sistiert werden.

Von den per 31. Dezember 2014 pendenten Verfahren sind 6 sistiert.

Landwirtschaftliche Schätzungskammer

Im Jahre 2014 fanden 43 landwirtschaftliche Schätzungen statt, gegenüber 28 vom Vorjahr. Diese verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Gemeinden:

Gemeinde	2013	2014	Total
Zug	1	0	1
Oberägeri	8	5	13
Unterägeri	4	6	10
Menzingen	4	8	12
Baar	1	7	8
Cham	3	3	6
Hünenberg	2	5	7
Steinhausen	0	0	0
Risch	2	4	6
Walchwil	2	2	4
Neuheim	1	3	4
Total	28	43	71

Dabei ergaben sich folgende Schätzungssummen (Belastungsgrenze):

2013 Fr. 27 781 600.–

2014 Fr. 52 741 689.–

Die landwirtschaftlichen Schätzungen wurden wie in den vergangenen Jahren in Zusammenarbeit mit dem Schweizer Bauernverband (SBV), Brugg, vorgenommen. Die Anzahl der landwirtschaftlichen Schätzungen erhöhte sich im Jahr 2014 erheblich.

Der durchschnittliche Wert einer landwirtschaftlichen Liegenschaft lag im Jahr 2013 knapp unter 1 Mio. Fr., dieser steigerte sich im Jahr 2014 wieder auf über 1,2 Mio. Fr.

Alle in den Berichtsjahren 2013 und 2014 eingegangenen Gesuche wurden erledigt. Es sind somit keine pendenten Gesuche hängig.

Gegen die landwirtschaftlichen Schätzungen gab es in beiden Berichtsjahren keine Einsprachen.

Grundstücksschätzungskammer

Im Jahre 2014 fanden 62 Grundstücksschätzungen statt, gegenüber 28 vom Vorjahr. Diese verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Gemeinden:

Gemeinde	2013	2014	Total
Zug	7	33	40
Oberägeri	2	8	10
Unterägeri	5	2	7
Menzingen	2	1	3
Baar	3	5	8
Cham	1	4	5
Hünenberg	1	1	2
Steinhausen	2	3	5
Risch	1	3	4
Walchwil	4	2	6
Neuheim	0	0	0
Total	28	62	90

Dabei ergaben sich folgende Schätzungssummen (Verkehrswert):

2013 Fr. 55 445 850.–

2014 Fr. 163 725 161.–

Von diesen 62 (28) Grundstückschätzungen waren 29 (13) Erbschafts-Schätzungen und 0 (1) Betreibungs-Schätzung. Die übrigen Gesuche erfolgten aus privatem Interesse.

Erfreulicherweise stieg die Zahl der Grundstückschätzungen gegenüber dem Vorjahr auf mehr als das Doppelte.

Wie schon seit längerer Zeit festzustellen ist, werden amtliche Schätzungen vorwiegend für spezielle Situationen bei Erbschaftsangelegenheiten, Betreibungen oder gerichtlichen Auseinandersetzungen und bei Stockwerkeigentum im Baurecht in Auftrag gegeben.

Die Höhe der Schätzungssumme hängt auch davon ab, welche Arten von Schätzungsobjekten involviert sind. So erzielen Stockwerkeinheiten tiefere Schätzungssummen als beispielsweise Grossliegenschaften. Der Zehnjahresschnitt (2005–2014) liegt bei knapp 30 Schätzungen und einer Schätzungssumme von rund 64 Mio. Fr.

Auch bei der Grundstückschätzungskammer sind alle in den Berichtsjahren eingegangenen Gesuche erledigt worden und somit keine Gesuche pendent.

In der Berichtsperiode 2013/2014 gingen gegen Grundstückschätzungen drei Einsprachen ein. Zwei wurden von den Einsprechern zurückgezogen. Eine Einsprache ist derzeit sistiert.

**Gebühren-
ertrag**

Der Gebührenertrag richtet sich nach den amtlichen Gebührentarifen.
Im Berichtsjahr 2013/2014 betragen die Gebühren:

Landwirtschaftliche Schätzungen	2013	Fr. 62 966.00
Landwirtschaftliche Schätzungen	2014	Fr. 100 685.00
Grundstücksschätzungen	2013	Fr. 52 558.25
Grundstücksschätzungen	2014	Fr. 114 616.20

Steinhausen, 25. Februar 2015

Schätzungskommission des Kantons Zug

Martin Spillmann
Präsident

Baptist Elsener
Vizepräsident

